

Schließlich machen Umweltprobleme nicht an den Landesgrenzen halt

LINKE Landtagsabgeordnete sprachen bei der EU-Kommission die Werra-Belastung durch K + S an

Ihre Landtagsarbeit in den Bereichen Umweltschutz und Agrarpolitik veranlasste kürzlich die beiden Thüringer Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, Katja Wolf (im Foto rechts) und Tilo Kummer (links), zu einer Informationsreise nach Brüssel.

Am Beispiel des Gewässerschutzes ist anschaulich darstellbar, dass Umweltprobleme nicht an Grenzen eines Bundeslandes oder EU-Mitgliedsstaates Halt machen. Deshalb wurde im Jahr 2000 die EU-Wasserrahmenrichtlinie verabschiedet, die hohe Anforderungen an den Schutz von Flusseinzugs-

gebieten und Grundwasserkörpern stellt. her weder Beschwerden von Anwohnern, Klagen von Anrainerkommunen, politische Arbeit in Landtagen oder behördliche Auflagen zu einer durchgreifenden Verbesserung der Situation führten, wollten die Abgeordneten ihr Anliegen daher direkt der Europäischen Kommission vortragen.

Sehr aufschlussreich schätzten sie die Gespräche mit Vertretern der Generaldirektion Umwelt ein, die etwas kopfschüttelnd die Brisanz des Problems zur Kenntnis nahmen und eine Reflexion in Aussicht stellten. Sie empfahlen eindringlich, mit Be-

die Weichen für die Zeit ab 2014 gestellt werden müssen. In diesem Zusammenhang war es für die Thüringer Parlamentarier eine interessante Erfahrung, dass die „Denkrichtung“ der EU-Kommission zur Ausgestaltung des Förderrahmens in entscheidenden Details mit Reformvorschlägen der LINKEN übereinstimmt. Auch die LINKE spricht sich in ihrem Konzept, dessen Erarbeitung im Frühjahr letzten Jahres in Erfurt ihren Anfang nahm, für die bessere Honorierung von Umweltleistungen der Landwirte und für die Einbeziehung des Faktors Arbeit in die Berechnungen der Direktzahlungen aus.

Vorsicht scheint jedoch geboten in der Frage, ob am Ende doch eine Kappungsgrenze bei den Direktzahlungen durchgesetzt wird. Dies würde insbesondere die größer strukturierten Betriebe in Thüringen schmerzhaft treffen. In Brüssel war man sich einig, dass die Verhandlungen nur in einer Kompromisslösung münden können, immerhin gibt es 27 EU-Mitgliedsstaaten mit äußerst differenzierten Agrarstrukturen und Betriebsformen.

Die Landtagsabgeordneten werden sich in den nächsten Wochen weiter intensiv mit der Thematik befassen und ihren Standpunkt gegenüber der Kommission deutlich machen. Auf jeden Fall ist die Wahrung der Interessen der Thüringer Landwirtschaftsbetriebe oberstes Gebot, nicht zuletzt, weil sie einen Garanten für die Weiterentwicklung der ländlichen Räume in Thüringen darstellen.

Barbara Glaß



gebieten und Grundwasserkörpern stellt.

Insbesondere für die Werra als länderübergreifender Fluss befürchten die beiden Landtagsabgeordneten, dass die Umweltziele bis 2015 nicht erreicht werden. Zu einem großen Teil gehen die Gewässerbelastungen auf den Konzern K+S GmbH Kassel zurück, der seit Jahren salzhaltige flüssige Produktionsabfälle aus der Kalidüngerproduktion in die Werra leitet. Weil bis-

schwerden an die Kommission nicht zurückhaltend zu sein, denn je mehr davon in Brüssel eingehen, desto weniger könne um die Problematik herumgeredet werden.

Weiteres Thema war die EU-Agrarpolitik

Der zweite große Themenkomplex war die Zukunft der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik, für die jetzt

Zum Trassen-Projekt mit Hochtemperaturseilen: Es geht also doch!

Nachdem es durch die Medien auch in Thüringen ging, dass der Stromnetzbetreiber 50 Hertz Transmission eine Pilotanlage in Mecklenburg-Vorpommern zur Erprobung von Hochtemperaturseilen für den Überlandtransport größerer Starkstrommengen aufbauen will, erklärte die Landtagsabgeordnete der LINKEN und Bürgermeisterin von Großbreitenbach, Petra Enders, die sich seit Jahren in und mit Bürgerinitiativen gegen den Bau einer 380 kV-Leitung durch den Thüringer Wald engagiert: „Es geht also doch! Unverständlich ist aber die Aussage von 50 Hertz Transmission, dass diese Alternative für Thüringen zu spät kommen soll.“

Bereits 2007 haben die von Bürgerinitiativen und Kommunen beauftragten Gutachter Jarass und Obermair das Auswechseln herkömmlicher Leiterseile durch Hochtemperaturseile auf bestehenden Hochspannungslei-

tungen als Möglichkeit aufgezeigt, um die Kapazitäten für die Durchleitung von Windstrom im Netz zu erhöhen und dabei auf vergleichbare Projekte in den USA, Großbritannien und Japan verwiesen.

„Das ist über Jahre hinweg ignoriert worden“, machte die Politikerin ihren Unmut über das Vorgehen des Energiekonzerns deutlich und fügte hinzu: „Aber auch die Landesregierung hat versagt. Sie hat entsprechende Vorschläge der Linksfraktion nicht aufgegriffen und stattdessen den Bau der 380 kV-Freileitung durch Thüringen nach Bayern über den Rennsteig als alternativlos dargestellt, und das bis heute.“

Dies sei „ein Fehler, der aber noch zu korrigieren ist! Noch ist Zeit. Es gibt keine Entscheidung für eine Baugenehmigung und damit die Chance, dass sich alle – Bürgerinitiativen, Wissenschaftler, 50 Hertz Transmission, Kabelhersteller und

Politik – an einen Tisch setzen, um zu überlegen, wie die Anforderungen möglicher höherer Stromübertragungskapazitäten in Thüringen ohne eine neue, Natur und Landschaft zerstörende 380 kV-Freileitung erreicht werden können“.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.



Star im Zwielficht

Der konservative Politstar Karl-Theodor Guttenberg (CSU) steht im Zwielficht. Nein, es hat nichts mit seinem Amt als Verteidigungsminister zu tun, es geht nicht um das Desaster des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan mit immer mehr toten Soldaten und Zivilisten, nicht um die „Gorch Fock“.

Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht die Doktorarbeit des Strahlmanns. Dort gibt es – so viel steht fest – Auffälligkeiten. Den Stein ins Rollen brachte ein Juraprofessor. Der fand Passagen, die wörtlich oder geringfügig geändert mit Texten anderer Autoren (darunter Journalisten) übereinstimmen, ohne dass sie als Zitate angeführt sind. „Es wurde (...) zu keinem Zeitpunkt bewusst getäuscht“, reagierte Guttenberg merkwürdig unpersönlich – hat er die Arbeit vielleicht anfertigen lassen, wird inzwischen vermutet. Fehlende Fußnoten, das kann doch passieren? Aber es geht um fast 100 Stellen, wie die Internetgemeinde ermittelt hat. Der englische Altphilologe A. E. Housman (1859-1936), Professor für Latein am University College London, später in Cambridge, hat zudem ein geflügeltes Wort für Wissenschaftler aller Fachrichtungen hinterlassen: „Genauigkeit ist eine Pflicht und keine Tugend.“

Die Untertanen machen jetzt in den sozialen Netzwerken mobil. Unterm Banner „@ProGuttenberg“ sammeln sie sich beim Kurznachrichtendienst Twitter, auch bei Facebook schließen sie die Reihen. Bei „Spiegel Online“ schwadroniert man indes vom „adligen Kabinettsmitglied“ Guttenberg. Dabei wurde der Adel in Deutschland schon 1919 abgeschafft. Guttenberg, heute als „Googleberg“ verspottet, musste der Universität Bayreuth bei Abgabe der Doktorarbeit eine „Ehrenerkklärung“ abgeben. Das Verfahren scheint wenig wert zu sein, wenn der Unterzeichner kein Ehrenmann ist.